

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des

Gemeinderates der Stadtgemeinde Mattighofen

am Dienstag, dem 28. September 2010 (Nr. 5 / 2010)

Tagungsort: Stadtamt Mattighofen, Rathaussitzungssaal

Anwesende:

SPÖ-Fraktion:

1. Bgm. Friedrich Schwarzenhofer als **Vorsitzender**
2. 1. Vbgm. Josef Krankl
3. StR Johann Ratzenböck
4. StR Franz Nussbaumer
5. GR Judith Konopa
6. GR Alois Haslinger
7. GR Gertrude Leitner
8. GR Christian Nussbaumer
9. GRE Stefanie Größlinger
10. GRE Harald Tremli
11. GRE Mario Langmayer
12. GRE Manfred Frahammer
13. GRE Barbara Karrer

BFM-Fraktion:

14. 2. Vbgm. Sonja Löffler, MBA
15. GR Johann Demm
16. GR Gregor Gach
17. GR Sabine Huber
18. GR Erich Schmiedhuber
19. GRE Peter Glas

ÖVP-Fraktion:

20. StR Klaus Vogl
21. GR Maria Schiemer
22. GR Christoph Tiede
23. GR Hermine Ebner
24. GR Mag. Georg Mendler
25. GRE Rudolf Schiemer

FPÖ-Fraktion:

26. StR Günter Sieberer
27. GR Alfred Dorn
28. GR Georg Wimmer
29. GR Gerlinde Mühlhofer

GRÜNE-Fraktion:

30. GR Eleonora Ries

BZÖ-Fraktion:

31. GR Johann Zehner

Es fehlen:

a) entschuldigt:

1. GR Robert Mühlbacher, SPÖ
2. GR Manfred Kramer, SPÖ
3. GR Johann Mühlbacher, SPÖ
4. GR Franz Wengler, SPÖ
5. GR Reinhard Konopa, SPÖ
6. GR Julia Ringeltaube, BFM
7. GR Thomas Panholzer, ÖVP

b) unentschuldigt:

niemand

Anwesende stimmberechtigte Ersatzmitglieder:

- | | |
|-----------------------------|--------------------------|
| 1. Stefanie Größlinger, SPÖ | für GR Robert Mühlbacher |
| 2. Harald Tremli, SPÖ | für GR Manfred Kramer |
| 3. Mario Langmayer, SPÖ | für GR Johann Mühlbacher |
| 4. Manfred Frahammer, SPÖ | für GR Franz Wengler |
| 5. Barbara Karrer, SPÖ | für GR Reinhard Konopa |
| 6. Peter Glas, BFM | für GR Julia Ringeltaube |
| 7. Rudolf Schiemer, ÖVP | für GR Thomas Panholzer |

Sonstige Anwesende:

1. Leiter der Finanzabteilung Georg Grahammer,
als fachkundige Person
2. GB Margit Roider,
als Schriftführerin gem. § 54 (2) OÖ.GemO

Der Vorsitzende eröffnete um **18.30 Uhr** die Sitzung und stellte fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Sitzung im Sitzungsplan für das 2. Halbjahr 2010 enthalten ist, der allen Mitgliedern des Gemeinderates ab 02.07.2010 nachweislich zugestellt wurde. Die Sitzungseinladungen mit der Tagesordnung wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zeitgerecht am 20.09.2010 übermittelt;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist und
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates vom 23. August 2010 (Nr. 4 / 2010) bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Stadtamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung noch zur Einsichtnahme aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis Sitzungsschluss Einwendungen vorgebracht werden können.

1. Angelobung;

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Bürgermeister angelobt:

GRE Harald Tremel, SPÖ

Er leistete in die Hand des Bürgermeisters das Gelöbnis gem. § 20 Abs 4 OÖ GemO 1990 idgF mit den Worten „Ich gelobe“.

2. Dringlichkeitsanträge;

2.1.

Der Bürgermeister brachte seinen begründeten Dringlichkeitsantrag betreffend

„Auftragsvergabe für die archäologische Begleitung der Grabungsarbeiten, Schlossprojekt“

dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis. Über seinen Antrag wurde dessen Aufnahme und Behandlung unter Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. (Beilage 1)

2.2.

Der Bürgermeister brachte den von der BZÖ schriftlich eingebrachten und begründeten Dringlichkeitsantrag betreffend

„Errichten von 2 Ladezonen und einer Lieferzeitverordnung für den Stadtplatz“

dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis. Über seinen Antrag wurde dessen Aufnahme und Behandlung unter Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. (Beilage 2)

3. Tagesordnung;

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Bürgermeister TOP. 7.) von der Tagesordnung **a b g e s e t z t.**

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Schloss Mattighofen (VFI & Co KG);

Vergabe weiterer Architektenleistungen auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses; Zustimmung der Stadtgemeinde als Kommanditistin;

Beratung und Beschlussfassung;

Az.: KG IV; Arch. 380/I/2, Bu

Der Bürgermeister ersuchte den Vorsitzenden des Hochbauausschusses um Berichterstattung.

Bericht Vbgm. Josef Krankl:

„Der Hochbauausschuss hat dies in seiner Sitzung am 20.09.2010 behandelt. Die Architektenleistungen wurden ausgeschrieben. An der Nachverhandlung, welche am Mittwoch, den 22.09.2010 im Büro der Firma pm1 stattfand, nahmen 4 Anbieter teil. Es wird vom Ausschuss einstimmig empfohlen, Herrn Arch. Scheiber als Best- und Billigstbieter mit den ergänzenden Architektenleistungen für den Schlossumbau zu beauftragen.“

Debattenbeiträge:

GR Zehner hat bereits im Ausschuss erwähnt, dass er die Beziehung zwischen Arch. Scheiber und PM1 etwas befremdend findet, da PM1 die Ausschreibung und die Nachverhandlung durchgeführt hat.

Vbgm. Krankl erwähnt, dass bezüglich Beauftragungen von Best- und Billigstbiestern Vorschriften bestehen. Dass dabei Herr Arch. Scheiber als Best- und Billigstbieter hervorgegangen ist, stellt sicherlich keinen Nachteil für die Gemeinde dar.

GR Tiede erklärt für die ÖVP Fraktion, dass eine Beauftragung von Arch. Scheiber befürwortet wird, weil es besser ist, einen Architekten aus der näheren Umgebung, und nicht jemanden aus Innsbruck oder Gmunden, als Ansprechpartner zu haben.

StR Sieberer hat dennoch bedenken, ob mit der Nachverhandlung den Vergabevorschriften entsprochen wurde.

Der Bürgermeister erklärte dazu, dass bereits eine Rechtsauskunft von Herrn Dr. Berger eingeholt wurde, welcher die Richtigkeit der Vorgangsweise bestätigte.

GR Ries ist erfreut, dass Herr Arch. Scheiber bei der Nachverhandlung so einen guten Preis angeboten hat, da er sehr intensiv mit dem Schloss betraut ist und dabei großes Engagement zeigt.

Vbgm. Löffler berichtet, dass Herr Arch. Scheiber bereits viel Fachkompetenz bewiesen hat. Sie hat sehr intensiv mit Herrn Arch. Scheiber an der detaillierten Begründung für die Kostenerhöhung gearbeitet. Damit wurde der genehmigte Kostenrahmen von € 3,2 auf € 4,5 Mio erhöht.

Nachdem sich dazu keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen mehr ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

A n t r a g:

„Ich beantrage, Herrn Arch. Scheiber aus Salzburg mit weiteren Architektenleistungen zu einem Honorar in der Höhe von € 114.660,75 (Netto), und den näheren Bedingungen laut Ausschreibung zu beauftragen.“

Abstimmung:	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ- Fraktion) angenommen
Beschluss:	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

2. Schloss Mattighofen (VFI & Co KG):

Vergabe von Grabungsarbeiten; Zustimmung der Stadtgemeinde als Kommanditistin;
Beratung und Beschlussfassung;

Az.: KG IV; Arch. 380/I/2, Bu

Bericht des Bürgermeisters:

„In der Sitzung des Stadtrates am 14. September wurde die Thematik vorberaten und empfohlen, den Auftrag an den Billigstbieter zu vergeben. Es sind die 3 Firmen Franzmair, Koller und Enzinger eingeladen worden. Bei einer Begehung der Liegenschaft hat sich herausgestellt, dass nicht nur Grabungs- sondern auch Baumeisterarbeiten notwendig sind. Auf Grund der Ausschreibung ist als Best- und Billigstbieter die Fa. Franzmair mit € 66.045,39 hervorgegangen. Von der Fa. Koller liegt ein Angebot mit einer Summe von € 76.452,45 vor. Die Fa. Enzinger hat leider kein Angebot eingebracht.“

Debattenbeiträge:

GR Tiede regt an, dass künftig auch die Fa. Hütter bei Ausschreibungen eingeladen werden sollte. Er fragt nach, ob Einsparungen bei der Fa. PM1 möglich wären, da Herr Böttcher vom Land die Bauaufsicht angeboten hat.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass Herr Böttcher seine Hilfe nur unterstützend anbietet, und man dadurch bei der Fa. PM1 nicht sparen wird können.

Vbgm. Löffler erwähnt, dass Herr Böttcher die Aufsicht übernehmen wird, aber gleichzeitig auch an anderen Orten wie zB. in Ranshofen eingesetzt ist. Sie fragt ob nicht Arch. Scheiber einen Teil der Bauaufsicht übernehmen könnte.

Der Bürgermeister erklärt, dass mit Herrn Böttcher besprochen wurde, dass er 1-2x und in der Intensivbauphase 3x pro Woche kommen wird. Der Auftrag zur Bauaufsicht wird in einem eigenen GR-Beschluss vergeben.

StR Vogl weist darauf hin, dass beim Projekt Bernaschekschulen die Bauaufsicht vom Architekten mitgemacht wurde.

GR Mendler führt aus, dass für eine reibungslose Abwicklung eine klare Aufgabendefinition sowohl für die Bauaufsicht, als auch für das Baumanagement notwendig ist.

Nachdem sich dazu keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen mehr ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, die Fa. Franzmair aus Mattighofen mit den Grabungsarbeiten zu einer Angebotssumme von € 66.045,39 zu beauftragen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ-Fraktion) angenommen
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

3. Schloss Mattighofen:

Genehmigung des Finanzierungsplanes, IKD(Gem); Beratung und Beschlussfassung;
Az.: Arch. 380, Bu, 940

Bericht des Bürgermeisters:

„In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde der mit LH StV Ackerl besprochene Kostenrahmen von € 4,5 Mio beschlossen. Laut vorliegendem Finanzierungsplan erhalten wir Förderungen im Jahr 2011 € 916.100,--, 2012 € 1.306.200,-- und 2013 € 1.140.100,--. Er bedankt sich beim Referenten des Landes und stellt den Finanzierungsplan zur Diskussion.“

Bezeichnung	2010	2011	2012	2013	Gesamt
KG-Darlehen	1.137.600,00 €				1.137.600,00 €
LZ-Direktion Kultur(Miete)		166.100,00 €	181.200,00 €	15.100,00 €	362.400,00 €
BZ-Direktion IKD		750.000,00 €	1.125.000,00 €	1.125.000,00 €	3.000.000,00 €
Summen	1.137.600,00 €	916.100,00 €	1.306.200,00 €	1.140.100,00 €	4.500.000,00 €

Debattenbeiträge:

GR Zehner befürchtet eine Abgangsgemeinde zu werden, da noch weitere wichtige Projekte zu verwirklichen sind, und fordert vom Land eine Garantie, dass der Gemeindeanteil max. € 1 Mio betragen soll.

StR Sieberer führte aus, dass die FPÖ Fraktion anfangs zwar gegen dieses Projekt war. Da es aber mehrheitlich beschlossen wurde, ist die FPÖ nun für eine möglichst optimale Lösung, und stimmt diesem Finanzierungsplan zu.

GR Gach berichtete, dass laut Herrn Böttcher eventuell noch Finanzierungsmöglichkeiten für zB. die Gartengestaltung bestehen. Diese sollen in Anspruch genommen werden.

Der Bürgermeister verwies auf ein Gespräch mit LR Hiesl, welcher für die Parkplätze noch Gelder fließen lässt. Für die Gartengestaltung sollen Angebote und Projektideen beim Land eingereicht werden.

VbGm. Löffler findet positiv, dass bei diesem Projekt die Zusammenarbeit im Gemeinderat gut funktioniert. Die BFM-Fraktion war wesentlich daran beteiligt, dass der Kostenrahmen von € 3,2 auf € 4,5 Mio erhöht wurde. Es soll in diesem Stil für Mattighofen weitergehen.

GR Ries hat bedenken, dass die Gemeinde durch weitere Vorhaben in finanzielle Engpässe gerät. Sie habe bereits in der letzten GR-Sitzung unter Allfälliges erwähnt, dass man sich ernsthaft Gedanken machen sollte, Gemeindееigene Grundstücke zu verkaufen.

StR Vogl berichtete, dass auch Herr LH Pühringer Fördermittel für die Schlosssanierung bereitstellt, und auch eine Beteiligung für die Renovierung der Krypta zugesagt hat. Diese sollte bis zur LA 2012 fertig gestellt werden.

Da sich dazu keine weiteren Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, den vorliegenden Finanzierungsplan vom Land für den Schlossumbau zu beschließen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ- Fraktion) angenommen
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

4. Ausgliederung:

Einbringung der im Finanzierungsplan Schloss vorgesehenen Landesmittel (BZ) in die VFI & Co KG; Beratung und Beschlussfassung;

Az.: Arch. 380

Bericht des Bürgermeisters:

„Der Finanzierungsplan wurde unter TOP 3 beschlossen. Da die im Finanzierungsplan enthaltenen Landesmitteln nur an die Gemeinde ausbezahlt werden können ist zu beschließen, dass die Gemeinde die Gesellschafterzuschüsse an die VFI & Co KG weiterleitet.“

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, die im Finanzierungsplan vorgesehenen Landesmitteln der Gemeinde in die VFI Mattighofen & Co KG in Form von Gesellschafterzuschüssen einzubringen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ-Fraktion) angenommen
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

5. Schloss Mattighofen – Darlehensaufnahme (VFI & Co KG):

Aufnahme eines Finanzierungsdarlehens auf Grund des vorliegenden Ausschreibungsergebnisses; Zustimmung der Stadtgemeinde Mattighofen als Kommanditistin;
Beratung und Beschlussfassung;
Az.: Arch. 380, Bu

Bericht des Bürgermeisters:

„Zur Finanzierung des Eigenanteiles der Stadtgemeinde Mattighofen und zur Zwischenfinanzierung von Landesmitteln, welche erst nach Abschluss der Sanierungsarbeiten fließen, ist ein Darlehen aufzunehmen. Mit der öffentlichen Ausschreibung wurde das Büro Mag. Wagenhofer betraut. Als Best- und Billigstbieter ist die Salzburger Sparkasse GS Mattighofen mit den Konditionen 3 oder 6-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,32% hervorgegangen.“

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, bei der Salzburger Sparkasse GS Mattighofen ein Finanzierungsdarlehen gemäß Ausschreibungsergebnis aufzunehmen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ-Fraktion) angenommen
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

6. Ausgliederung:

Abgabe einer Garantieerklärung an die Bank für die vollständige und ordnungsgemäße Rückzahlung des aufgenommenen Darlehensbetrages;
Beratung und Beschlussfassung;
Az.: 960

Bericht des Bürgermeisters:

„Die Gemeinde hat für das Finanzierungsdarlehen Projekt „Schloss“, welches von der VFI Mattighofen & Co KG aufzunehmen ist, eine Haftung zu übernehmen. Eine diesbezügliche Garantieerklärung ist vom Gemeinderat zu beschließen. Der Entwurf der Garantieerklärung lag der Kurzfassung bei.“

Textmuster :

ENTWURF

[Bank]

[Adresse]

[Ort], am [Datum]

Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Mattighofen & Co KG GARANTIEERKLÄRUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stadtgemeinde Mattighofen hat Kenntnis davon, dass die Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Mattighofen & Co KG beabsichtigt, ein Darlehen in der Höhe von EUR 4,5 Mio. mit einer Laufzeit von 25 Jahren bei Ihnen aufzunehmen.

In Anbetracht ihrer Position als Gesellschafterin (Kommanditistin) der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Mattighofen & Co KG gibt die Stadtgemeinde Mattighofen nachstehende

Garantieerklärung

ab:

Die Stadtgemeinde Mattighofen übernimmt hiermit Ihnen gegenüber die unwiderrufliche, unkündbare Garantie für die ordnungsgemäße und vollständige Rückzahlung des aufgenommenen Darlehensbetrags zuzüglich aller anfallenden Zinsen, Provisionen, Spesen und sonstiger Nebenkosten bis zum Höchstbetrag von EUR [...].

Die Stadtgemeinde Mattighofen verpflichtet sich daher, auf erste, mittels eingeschriebenen Briefes zu erfolgende Anforderung unter Verzicht auf alle Einwendungen und Einreden aus dem Grundgeschäft den Höchstbetrag bzw. Teile davon innerhalb von 8 Tagen, gerechnet vom Tage der Postaufgabe, an die [Bank] abzugs- und spesenfrei auf ein von der [Bank] bekannt zugebendes Konto zu überweisen. Im Falle der Anforderung von Teilbeträgen vermindert sich der Höchstbetrag im selben Ausmaß.

Die Garantie erlischt, sobald die Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Mattighofen & Co KG ihre vertraglichen Verpflichtungen Ihnen gegenüber zur Gänze erfüllt hat, spätestens aber am [...], unabhängig davon, ob diese Erklärung zurückgegeben wird oder nicht.

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieser Garantieerklärung (einschließlich dieser Klausel) bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.

Diese Erklärung unterliegt österreichischem Recht. Gerichtsstand für alle aus dieser Garantieerklärung allenfalls entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist das für die Stadtgemeinde Mattighofen örtlich zuständige Gericht.

Diese Erklärung bedarf der aufsichtsbehördlichen Genehmigung gemäß § 85 Abs 3 OÖ Gemeindeordnung 1990 und wird erst mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung rechtswirksam.

Beschlossen in der Gemeinderatssitzung am 28. September 2010.

*Für die Stadtgemeinde Mattighofen, der Bürgermeister
(Gemeindesiegel)*

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage der Garantieerklärung für das Finanzierungsdarlehen zuzustimmen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ- Fraktion) angenommen
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

7. Schloss Mattighofen;

Übertragung des Beschlussrechtes auf den Bürgermeister mit den Wertgrenzen des §
58 Abs. 2 Z: 7, OÖ. GemO; Beratung und Beschlussfassung;
Az.: 003/39

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vom Bürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung
abgesetzt.

8. Tourismusgesetz;

Neufassung des Beschlusses zur Einstufung in Ortsklasse C; Ausschussempfehlung;
Beratung und Beschlussfassung;
Az.: C003-35, 770/2, 920/9

Der Bürgermeister ersuchte den Obmann des Wirtschaftsausschusses um Berichterstat-
tung.

Bericht StR Vogl:

„§ 2 Abs. 1 des OÖ Tourismusgesetz 1990 legt fest, dass die Gemeinden alle 10 Jahre entsprechend ihrer Bedeutung in vier Ortsklassen (A, B, C oder D) einzustufen sind. Gemäß Artikel 3 Abs. 3 der OÖ Tourismusgesetznovelle 2009 war die Verlängerung der geltenden Ortsklassen bis 31.12.2010. Mit 1. Jänner 2011 ist nun eine neue Einstufung in den Gemeinden durchzuführen. Für uns interessant ob wir C oder D sind. Wenn wir D sind gibt es bei uns keinen Tourismusverband mehr. Es zahlen dann die Gewerbetreibenden nicht mehr in einen gemeinsamen Topf ein. Daraufhin gab es eine Aussendung, wo 40 für und 11 gegen die Ortsklasse C waren. Im Wirtschaftsausschuss wurde einstimmig beschlossen, dass die gegenwärtige Ortsklassengruppe beibehalten werden soll.“

Debattenbeiträge:

GR Zehner findet, dass der Tourismusverband im heurigen Jahr nicht viel unternommen hat und wünscht, dass dies wieder besser wird.

StR Vogl erklärt, dass er dies bereits im Wirtschaftsausschuss besprochen hat, und bei der nächsten Sitzung mit den Verantwortlichen des Tourismusverbandes darüber diskutieren wird.

Da sich dazu keine weiteren Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, dass die gegenwärtige Einstufung der Gemeinde Mattighofen in die Ortsklasse C des OÖ Tourismusgesetzes 1990 beibehalten werden soll.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung einstimmig angenommen durch Erheben der Hand
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten einstimmig und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

9. Kindergarten Ost:

Genehmigung des Finanzierungsplanes IKD(Gem) betreffend Anbau Gemeindekindergarten Ost; Beratung und Beschlussfassung;
Az.: Arch. 234, Zl. 940, Bau, Bu

Bericht des Bürgermeisters:

„Seitens der Gemeinde wurde bereits Ende Juni d.J. ein BZ-Antrag für dieses Projekt eingereicht. Gemäß der Absprache mit dem Gemeindeferenten Herrn LH StV Ackerl, ist auch

die Finanzierungsfrage für das Gesamtvolumen von € 300.000,-- geklärt (Drittelregelung). Es wurde öfters bezüglich des Finanzierungsplanes urgiert. Die schriftliche Bestätigung, dass der Finanzierungsplan mit einem Betrag von € 304.000,-- und einer Drittelfinanzierung (LZ,BZ,Gemeinde) beschlossen werden kann, ist von LH StV Josef Ackel am 28.09.2010 Nachmittags per E-mail beim Stadtamt eingelangt.“

Debattenbeiträge:

StR Vogl verwies auf eine Aktennotiz vom 03.06.2009 in der stand, dass im Jahr 2010 ein Bedarf an weiteren Räumlichkeiten benötigt wird und dass bereits nach Ersatzräumlichkeiten gesucht wird. Er sehe nicht ein, warum vom Juni 2009 bis April 2010 nichts unternommen wurde.

Der Bürgermeister erklärte dazu, dass die genauen Kindergartenzahlen erst nach Anmeldung der Kinder im April 2010 bekannt waren. Er hat versucht eine Lösung zu finden, indem der Sonderpädagogische Kindergarten für ca. 2 Jahren im Sonderpädagogischen Zentrum untergebracht hätte werden können. Diesbezügliche Gespräche wurden mit den Direktoren geführt.

Vbgm. Löffler berichtet als Vorsitzende des zuständigen Ausschusses, dass man sich im Ausschuss sehr wohl damit befasst hat. Denn bereits 2 Jahre vor der Einführung des Gratis-kindergartens hat man sich mit der Bedarfserhebung (Öffnungszeiten, Befragungen, Kindergarten- und Tarifordnung) beschäftigt. Dabei hat sich bereits abgezeichnet, dass ab dem Kindergartenjahr 2010/11 der Platz knapp werden wird. Wegen des Wahlkampfes ist leider bis Ende November 2009 nichts passiert. Vielmehr ist zu kritisieren, dass durch die Alleingänge des Bürgermeisters, und zweigleisiges Agieren die jetzige Lösung erheblich verzögert wurde. Der Anbau beim Kindergarten-Ost ist notwendig und gut.

Der Bürgermeister führte aus, dass die Lösung im SPZ mit den Direktoren abgesprochen war, und dass eventuell auch eine Unterbringung des Heilpädagogischen Kindergartens im Caritas Kindergarten möglich gewesen wäre. Er bestätigte abschließend, dass die nun vorliegende Lösung auch sehr positiv sei.

GR Ries bringt vor, dass die Raumnot bereits seit dem letzten Jahr bekannt ist. Sie findet, dass das Abwarten der Anmeldezahlen nicht maßgebend sein kann, da die Kinderzahl immer variabel ist.

StR Vogl regt an, dass versucht werden sollte ein Gesamtkonzept bezüglich Raumbedarf aller Kinderbetreuungseinrichtungen zu erstellen.

Vbgm. Löffler erklärt, dass jetzt gebaut werden muss, da dringender Bedarf gegeben ist.

StR Sieberer und GR Mandler stimmen StR Vogl betreffend die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zu. Sie sind nicht dafür, dass immer nur Teillösungen gesucht werden.

Vbgm. Löffler führt erklärend hinzu, dass die Gemeinde für einen Kindergartenplatz zu sorgen hat. Da bei der letzten GR-Sitzung der Grundsatzbeschluss gefällt wurde, kann sie eine derartige Diskussion nicht verstehen. Es wäre peinlich, wenn die geführten Verhandlungen

lungen mit Herrn LH StV Ackerl umsonst gewesen wären. Die BH hat das Provisorium für die 3. Kindergartengruppe im Vereinsheim nur für eine bestimmte Zeit genehmigt. Sie kann sich nicht vorstellen, dass die BH diese Genehmigung verlängern wird. Auch ist ein Zusammenhang mit der Wirtschaft insofern gegeben, als jenen Eltern die in Mattighofen arbeiten auch ein Kinderbetreuungsangebot haben müssen. Der Kindergartenanbau ist daher unbedingt notwendig.

StR Sieberer sieht kein Problem darin, dass für Kinder investiert wird wenn es einen Sinn macht. Die FPÖ-Fraktion kann sich aber ohne Gesamtkonzept diesem Beschluss nicht anschließen.

Vbgm. Löffler weist darauf hin, dass es ein Konzept auf Basis der bereits beschriebenen Bedarfserhebung gibt.

StR Vogl stellt klar, dass eine Bedarfserhebung kein bauliches Konzept ist.

GR Ries wollte wissen, ob bei diesen Konzept auch eine Erweiterungsmöglichkeit für die Krabbelstube vorgesehen ist.

Vbgm. Löffler führte dazu aus, dass zwar in Zukunft auch für die Krabbelstube ein weiterer Raumbedarf besteht, aber im derzeitigen Konzept dafür keine Reserve möglich ist. Es ist aber jedenfalls eine Trennung zwischen Kindergärten und Krabbelstube auf Grund des unmittelbaren Bedarfes bei den Kindergärten notwendig.

GR Mandler sieht in den Ausführungen von Vbgm. Löffler kein Gesamtkonzept und betont die Wichtigkeit einer umfassenden Planung.

GRE Tremml bestätigt, dass eine Verknüpfung von Kindergärten und Krabbelstube angesichts des dringenden Bedarfes an Kindergartenplätzen nicht zielführend ist, und dass jedenfalls unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

GR Zehner führt aus, dass jede Fraktion in der Verantwortung steht, und dass damit verbunden nicht nur Kritik, sondern auch Lösungen angesprochen werden sollten.

Da sich dazu keine weiteren Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, den Finanzierungsplan betreffend des Anbaus für die 3. Gruppe im Kindergarten Ost zu genehmigen.“

Abstimmung:	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 22:8 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung angenommen
	Gegenstimmen:
	ÖVP: StR Vogl, GR Tiede, GR Rudolf u. Maria Schiemer
	FPÖ: StR Sieberer, GR Dorn, GR Wimmer, GR Mühlhofer
	Stimmenthaltung:
	GRÜNE: GR Eleonora Ries
Beschluss:	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

10. Projekt „Sanierung VS/SPZ“;

Vergabe von Architektenleistungen gemäß Ausschussempfehlung;

Beratung und Beschlussfassung;

Az.: Bau, Arch. 350, Bu

Der Bürgermeister ersuchte den Vorsitzenden des Hochbauausschusses um Berichterstattung.

Bericht Vbgm. Josef Krankl:

„Mit Schreiben vom 23.07.2010, Bgd-310291/58-2010-Win, wurde der Raumbedarf für die Volksschule und allgemeine Sonderschule (SPZ) vom Amt der OÖ. Landesregierung festgelegt. Vom Hochbauausschuss wurde beschlossen, von Arch. Silbermayr und Ing. Gemeinhardt Angebote für die Vorentwurfs- und Einreichplanung einzuholen. Bei der Nachverhandlung ist Arch. Silbermayr als Best- und Billigstbieter mit einem Betrag von € 74.686,50 hervorgegangen. Da sich in den letzten Tagen bei diversen Gesprächen neue Sichtweisen zu diesem Projekt ergeben haben, ist in der heutigen Sitzung zu entscheiden, ob der Auftrag vergeben, oder aber noch offen bleiben soll. Der Bürgermeister wird dazu berichten.“

Bericht des Bürgermeisters:

„In verschiedenen Gesprächen wurde in den letzten Tagen die Möglichkeit eines Neubaus der Schule erörtert. Auch LH StV Ackerl hat einen Neubau thematisiert. Ich habe dazu Herrn Ing. Gemeinhardt um die Erstellung einer Kostenschätzung ersucht. Nach seinen Berechnungen würde ein Neubau rund € 7 Mio kosten. Ich schlage daher vor, den Auftrag an Arch. Silbermayr noch nicht zu vergeben, sondern den Termin bei Frau LR Hummer am 15.10.2010 abzuwarten, und ihre Meinung zum Thema Neubau zu hören. Jedenfalls soll bei diesem Termin versucht werden in das Schulbauprogramm des Landes ehest möglich aufgenommen zu werden. Sollte für Frau LR Hummer ein Neubau nicht in Frage kommen, müsste der Auftrag an Arch. Silbermayr in der vorliegenden Form bei der nächsten GR-Sitzung am 28.10.2010 beschlossen werden.“

Debattenbeiträge:

StR Sieberer erwähnt, dass LH Pühringer gesagt hat, dass wir beim Schulbauprogramm im Jahr 2023 dabei sind. Wir hätten bereits 2015 dabei sein können, wenn in den letzten Jahren konkrete Maßnahmen von der Gemeinde getroffen worden wären. Einen Schulneubau bei der Hauptschule würde er gut finden.

Vbgm. Löffler hat bezüglich eines Neubaues bedenken, da das Sanierungsprojekt auch Turnsaal/Festsaal beinhaltet und dies bereits genehmigt ist. Die dazu notwendigen Planungen wurden bereits geleistet und haben Kosten von € 200.000,-- bis € 300.000,-- verursacht. Weiters bittet sie in dieser Angelegenheit um Zusammenarbeit aller Fraktionen.

GR Glas spricht den Denkmalschutz im Zusammenhang mit einem etwaigen Abriss der alten Gebäude an. Weiters sieht er eine Verzögerung von mindestens einem Jahr, wenn es zu einer Neukonzipierung dieses Schulprojektes kommt. Er stellt auch die Sinnhaftigkeit einer räumlichen Trennung von Festsaal/Turnsaal und Schule in Frage.

GR Demm möchte wissen, ob bei einem Neubau das Projekt Festsaal noch aufrecht ist. Er weist darauf hin, dass die derzeitige Nutzung als Turnsaal bei einem Neubau nicht mehr gegeben wäre, und damit die gesamte Planung geändert werden müsste.

GR Ries weist darauf hin, dass Überlegungen für ein künftiges Gesamtkonzept wichtig sind. Sie beruft sich dabei auf LH StV Ackerl, der den Aspekt eines Schulneubaues auch angesprochen hat, und schlägt vor, dass Ergebnis der Vorsprache bei LR Hummer abzuwarten.

StR Vogl erwähnt, dass die Sanierung dieses Objektes in den letzten Jahren aus Geldmangel verschoben wurde, und stellt die Frage, wie in der Zeit der Wirtschaftskrise jetzt eine Finanzierung möglich sein soll. Er hält eine Variantendiskussion im Gemeinderat für sinnlos, und schlägt vor, dazu Gespräche mit dem Land zu führen. Aus seiner Sicht wäre ein Gesamtkonzept wichtig, ist aber eine Sanierung vordringlich. Er meint, dass die Ausschüsse für Hochbau und Schule Visionen entwickeln sollten. Zu einer künftigen Verwendung des derzeitigen SPZ Gebäudes äußert er die Möglichkeit, darin verschiedene Vereine unterzubringen zu können.

GR Treml stimmt StR Vogl zu und ergänzt, dass bei einem Neubaukonzept auch das Thema der höheren Schule mit einfließen müsste. Er meint, dass zwar unmittelbarer Sanierungsbedarf besteht, aber dass das Problem auf Dauer mit Sanierungen alleine nicht zu lösen sein wird.

GR Gach betont, dass Sanierungsmaßnahmen nicht verzögert werden dürfen, und schließt sich der Meinung an, wonach trotz Sanierungen das Schulgebäude nicht den Zeitgemäßen Anforderungen entsprechen wird.

GR Mendler ist der Meinung, dass die Idee mit einem Gesamtkonzept von allen Fraktionen getragen werden muss, und dies dann auch in Linz Anklang finden wird.

Vbgm. Löffler weist darauf hin, dass das BORG Projekt in der Vergangenheit diskutiert wurde und dass es sogar eine Planstudie gibt. Sie gibt zu bedenken, dass die Hortsituation

durch etwaige Neuplanungen nicht verzögert werden dürfe, weil auch der Bedarf an Hortplätzen ständig steigt.

Der Bürgermeister stimmt den Vorschlägen zur Gründung eines Planungsgremiums zu, und wiederholt seinen Eingangsformulierten Vorschlag auf Absetzung der Auftragsbeschlussfassung.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit einstimmiger Zustimmung **a b g e s e t z t**.

11. Gemeindewohnbaudarlehen;

Vergabe auf Grundlage vorliegender Ansuchen und Ausschussempfehlung;
Beratung und Beschlussfassung;
Az.: Arch. 386, Bu

Bericht des Bürgermeisters:

„Im Budget 2010 ist ein Rahmenbetrag in Höhe von € 31.680,-- für die Gewährung der Gemeindewohnbaudarlehen vorgesehen. (Rahmenbetrag für 8 Ansuchen!) Es liegen 9 Ansuchen vor, die den Richtlinien entsprechen. Der Wohnungsausschuss empfiehlt daher, Frau Enisa Muminovic das Ansuchen trotz Budgetüberschreitung zu gewähren.“

	ANTRAGSTELLER	WOHNORT	ADRESSE	
1	DI VIETZ Matthias und ENHUBER Sonja	5230 Mattighofen	Johann-Strauß-Str. 4	Hauskauf
2	HENCO Christof	5230 Mattighofen	Johann-Strauß-Str. 3	Neubau
3	JOVANOVIC Mile und JOVANOVIC Mirjana	5222 Munderfing	Heinleinstraße 5	Neubau
4	STANOJEVIC Jovica und STANIJEVIC Evica	5121 Ostermiething	Weilhartstraße 17	Neubau
5	BERNEGGER Elisabeth	5230 Mattighofen	Obere Austraße 1a	Neubau
6	MATSCHER Franz	5230 Mattighofen	Hofaustraße 21 c	Neubau
7	KAUFMANN Renate	5230 Mattighofen	Ludwig-Vogl-Str. 6/6	An-und Umbau
8	MONCHI Shiraj Bablu	5230 Mattighofen	Nesselstraße 4	An-und Umbau
9	MUMINOVIC Enisa	5230 Mattighofen	Mozartstraße 1	Neubau

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage hiermit, für alle 9 Ansuchen ein Gemeindewohnbaurdarlehen zu gewähren, und die zusätzliche Finanzierung aus dem Soll-Überschuss 2009, soweit eine Bedeckung aus dem laufenden Betrieb 2010 nicht möglich ist, zu genehmigen.“

Abstimmung:	In offener Abstimmung einstimmig angenommen durch Erheben der Hand
Beschluss:	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten einstimmig und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

12. Zuweisung von Mietwohnungen;

Beratung und Beschlussfassung auf Grund der vorliegenden Ausschussempfehlung;
Az.: 485/24, 25-2010

Bericht des Bürgermeisters:

„Der Wohnungsausschuss empfiehlt folgende Wohnungsvergaben.“

Wohnungen derzeitige Mieter	Größe der Wohnung	Kauti- on/Baukostenb. Miete	Vergabevorschlag an GR
ISG-Wohnungen 485-25/2010			
Hofaustraße 7a, Whg. 16 (Tomic Stevan)	66,08 m ²	1.277,10 498,94	1. Wagner Gabriele 2. Terterian Alexander 3. weiters lt. WW-Liste
Hofaustraße 9a, Whg. 4 (Kasinger Christoph)	66,08 m ²	1.355,46 500,65	1. Leitner Gertrude 2. weiters lt. WW-Liste
Hofaustraße 13 a, Whg. 10 (Angeli Beatrix)	69,85 m ²	1.438,67 324,89	1. Angeli Annaliese 2. weiters lt. WW-Liste
Hofaustraße 8 a, Whg. 14 (Fuchs Rosina)	66,08 m ²	1.340,34 473,19	1. Terterian Alexander 2. Majkanovic Bora 3. weiters lt. WW-Liste
Gemeindewohnungen 485-21/2010			
Rosengasse 20, Whg. 7 (Ex-Hopfgartner Erwin)	22 m ²	--- 37,51	1. Dittlbacher Manfred 2. Makuljevic Slobodanka

WOHNUNGSTAUSCH (ergibt sich im Zuge der Wohnungsvergabe)			
Hofaustraße 6a, Whg. 11 (Leitner Gertrude)	85,09 m ²	nicht bekannt	1. Kreil Corinna 2. Mattersberger Theresia 3. weiters lt. WW-Liste
Hofaustraße 4a, Whg. 1 (Angeli Anneliese)	96,00 m ²	nicht bekannt	1. Gezer Makbule 2. Mattersberger Theresia 3. weiters lt. WW-Liste

GR Leitner erklärte sich zu diesen Tagesordnungspunkt **befangen** und nahm an der Abstimmung nicht teil.

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage den Wohnungszuweisungen gemäß Empfehlung des Wohnungsausschusses vom 16. September 2010 zuzustimmen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung einstimmig angenommen durch Erheben der Hand
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten einstimmig und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

13. Förderung für Schulveranstaltungen;

Änderung der Förderrichtlinien; Ausschussempfehlung;
Beratung und Beschlussfassung;
Az.: 230, Bu

Der Bürgermeister ersuchte die Vorsitzende des Bildungsausschusses um Berichterstattung.

Bericht Vbgm. Sonja Löffler:

„Die normale Förderung für Pflichtschüler aus Mattighofen beträgt € 8,- pro Tag und Person, wenn diese an mehrtägigen Schulveranstaltungen teilnehmen. Bisher war es Bedingung, dass eine Pflichtschule in Mattighofen besucht wurde. Der Antrag des GR-Beschlusses vom 23.03.2004 soll nun abgeändert werden, sodass auch Schüler, welche die Pflichtschule nicht in Mattighofen besuchen aber mit Hauptwohnsitz in Mattighofen gemeldet sind, die Förderung in Anspruch nehmen können. Ausgenommen davon sollen nur jene Schüler sein, für welche die Gemeinde Gastschulbeiträge bezahlen muss.“

Debattenbeiträge:

StR Vogl erklärt, dass seitens der ÖVP-Fraktion der Vorschlag jedenfalls unterstützt wird.

GR Zehner äußert sich positiv zum gemachten Vorschlag, und schlägt ergänzend vor, die formulierte Ausnahmeregelung für jene Kinder, für welche ein Gastbeitrag zu bezahlen ist, nicht anzuwenden.

Nach kurzer Diskussion einigten sich alle Fraktionen den Vorschlag von GR Zehner anzunehmen.

Da sich dazu keine weiteren Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, allen Schülern im Pflichtschulalter und Hauptwohnsitz in Mattighofen einen Zuschuss für mehrtägige Schulveranstaltungen in der Höhe von € 8,- pro Tag, max. jedoch € 40,- pro Schuljahr, zu gewähren.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung einstimmig angenommen durch Erheben der Hand
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten einstimmig und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

14. Biotonne:

Vereinbarung mit dem BAV betreffend Organisation der Sammlung und Entsorgung biogener Abfälle (Biotonne); Ausschussempfehlung; Beratung und Beschlussfassung;
Az.: Arch. 338d

Der Bürgermeister ersuchte den Vorsitzenden des Umweltausschusses um Berichterstattung.

Bericht StR Nussbaumer:

„Bis Jahresende hat die Gemeinde eine neue Abfallverordnung zu beschließen. Dabei ist es auch notwendig die künftige Organisation der Biomüllentsorgung zu regeln. Der BAV Braunau hat den Bezirksgemeinden dazu ein Angebot unterbreitet, welches im wesentlichen eine Kostenreduktion für die Gemeinde bedeutet. Der Umweltausschuss hat sich eingehend damit beschäftigt, und empfiehlt einstimmig, dass ab 01.01.2011 die Biomüllentsorgung an den Bezirksabfallverband übertragen werden soll.“

Debattenbeiträge:

StR Sieberer regt an, dass er gerne die alte Regelung beibehalten würde. Er fragt nach, ob die Eigenkompostierung von der Gemeinde kontrolliert wird.

StR Nussbaumer erklärte, dass das Land auf Grund der Besiedelungsdichte für Mattighofen eine flächendeckende Entsorgung von biogenen Abfällen vorschlägt. Gemäß einem Raster von 250 m² mit mehr als 36 Einwohner wird die Verwendung von Biomülltonnen angeraten. Weiters führt er aus, dass eine Biomülltonne verwendet werden muss, wenn eine Eigenkompostierung nicht möglich ist.

GR Zehner gibt zu Bedenken, dass es mit der BAV Lösung zu keinen versteckten Kosten kommen darf.

StR Vogl lässt fragen, wie groß ein Grundstück für die Eigenkompostierung sein muss und ob dies in einer Regelung genau definiert ist. Er weist auch darauf hin, dass die Bevölkerung jedenfalls genau über diese Situation informiert werden muss.

StR Nussbaumer erklärt dazu, dass die Grundstücksgröße nicht relevant ist, sondern die Eigenkompostierung schriftlich bestätigt werden muss.

GR Ries führt aus, dass die BAV Lösung zu begrüßen ist.

Da sich dazu keine weiteren Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage, den Bezirksabfallverband Braunau mit der Entsorgung von biogenen Abfällen ab 01.01.2011 zu beauftragen.“

<u>Abstimmung:</u>	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Gegenstimme (GR Johann Zehner, BZÖ- Fraktion) angenommen
<u>Beschluss:</u>	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters

15. Prüfbericht;

Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 02.09.2010; Kenntnisnahme;

Der Bürgermeister ersuchte die Vorsitzende des Prüfungsausschusses um Berichterstattung.

GR Ries berichtete, anhand des Prüfberichtes welcher wie folgt lautet:

Prüfungsergebnisse:

1) Bauhoforganisation

a) Allgemeine Sicherheitsvorkehrungen ;

Befragung des Bauhofleiters und des Vb Adolf Hossinger

Der Bauhofleiter Alois Priewasser befand sich im Krankenstand und konnte deshalb nicht befragt werden. Es erfolgte eine Befragung von Bauhofarbeiter Adolf Hossinger, damit sich die Ausschussmitglieder ein Bild von offensichtlichen Missachtungen sicherheitstechnischer Notwendigkeiten machen konnten. Konkret angesprochen wurden eine Situation im Zusammenhang mit einer Kanalschachtsanierung und ein Fahrzeug, das trotz abgelaufenem „Pickerl“ im Einsatz war. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Thema der Pausenorganisation und Jausenbeschaffung am Bauhof angesprochen.

b) Beschaffungswesen; Befragung des Bauhofleiters

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt, weil der Bauhofleiter krankheitsbedingt nicht anwesend sein konnte.

c) Einsichtnahme in das Arbeitsbuch des Bauhofleiters

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt, weil der Bauhofleiter krankheitsbedingt nicht anwesend sein konnte.

d) Abklärung von Zuständigkeiten

Die Vorsitzende erklärte kurz, dass bei der letzten Sitzung des Ausschusses auch auf Missstände bei der Betreuung der Außenanlagen der Bernaschekschulen hingewiesen wurde. Der Bauhofleiter führte damals dazu aus, dass die Zuständigkeiten zwischen Bauhof und Schulwart nicht umfassend geregelt sind.

Der Leiter der Finanzabteilung legte dazu eine Anordnung vom 31.8.2010 vor, mit welcher die Zuständigkeiten im Außenbereich der Bernaschekschulen geregelt wurden.

Ergebnis :

Betreffend Sicherheitsvorkehrungen scheinen größere Mängel vorzuherrschen. Darin wird ein großes Gefahrenpotential erkannt. Es wird empfohlen, dass die Bauhofmitarbeiter und auch der Bauhofleiter bei regelmäßigen Schulungen auf besondere Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen werden. Die Teilnahme an diesen Schulungen ist zu dokumentieren, und von den Mitarbeitern zu bestätigen.

Am Bauhofgelände sind immer noch einige Missstände festzustellen. Da der Bauhofleiter nicht befragt werden konnte, wird dieses Thema bei der nächsten Sitzung weiterbehandelt.

Der Zeitaufwand für den individuellen Jausenkauf erscheint sehr hoch. Es wird daher empfohlen, die Jausenbeschaffung für all jene Arbeiter, die ihre Pause am Bauhof verbringen, zentral über eine Person zu organisieren.

Durch die Anordnung vom 31. August d.J. werden die Kompetenzen für die Betreuung der Außenanlagen bei den Bernaschekschulen ordentlich geregelt.

2) Erscheinungsbild des Bauhofobjektes

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt, weil der Bauhofleiter krankheitsbedingt nicht anwesend sein konnte.

3) Waldbewirtschaftung ; Fortsetzung der Prüfung vom 1.6.2010

a) Begehung des Hofauwaldes

Die Vorsitzende berichtete kurz über den Hintergrund der Begehung, wonach bei der letzten Sitzung des Ausschusses nicht beantwortet werden konnte, ob die Wiederaufforstung nach dem großen Sturmschaden 2007 ordnungsgemäß erfolgte.

Anschließend wurde das Kurzprotokoll zu dieser Begehung verlesen.

b) Holzverkauf – Abschlussprüfung von Belegen

Die Vorsitzende berichtete eingangs auch dazu den Prüfungsstatus, wonach bei der letzten Sitzung

mit dem Bauhofleiter die grundsätzliche Thematik besprochen wurde, und abschließend eine Kontrolle der Unterlagen vorgesehen ist.

Der Leiter der Finanzabteilung legte dazu einen Aktenvermerk betreffend die Befragung des Wald-facharbeiters Christian Weinberger ,eine Kopie der neuen Übernahmebestätigung, und eine Kopie eines Holzkaufvertrages vor. Anschließend wurden die Abrechnungsbelege der Jahre 2009 und 2010 eingesehen.

Ergebnis

Bei der Begehung des Hofauwaldes am 12.7.2010 wurde vom Leiter der Forstaufsicht der BH-Braunau, Hr. DI Kölblinger, festgestellt, dass die Wiederaufforstung nach dem Sturmschaden 2007 ordnungsge-mäß erfolgte.

Beim Holzverkauf wird nunmehr den formellen Vorgaben(Dokumentation und Unterfertigung) ent-sprochen.

4) Prüfung der Arbeits- u. Fahrtenbücher(incl. Tachoscheiben LKW) im Zeitraum Mai bis Juli 2010

Die Prüfung erfolgte stichprobenweise.

Ergebnis :

Es sind grundsätzlich keine Beanstandungen zu treffen. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass der Gb Christian Weinberger bei Eintragungen auf den Tachoscheiben künftig etwas genauer agieren soll. Die Anfangs- bzw. Endstände, und die sich daraus ergebenden Kilometerangaben sind teilweise nicht korrekt.

5) Prüfung der Belegsammlung im Zeitraum Mai bis Juli 2010

Die Prüfung erfolgte stichprobenweise.

Ergebnis :

Es sind keine Beanstandungen zu treffen.

6) Steuerrückstände per 31.Juli 2010 ; Zwischenbericht

Über Ersuchen der Vorsitzenden berichtete der Leiter der Finanzabteilung, dass sich die Rückstandssitu-ation seit 31.12.2009 wesentlich verschlechtert hat.Bei Privatpersonen liegen die Rückstände durch-schnittlich bei rd. € 2.000,--, bei den Firmen sind diese teilweise wesentlich höher. Soweit Zahlungs-erleichterungen vereinbart sind, wurde dies im Stadtrat beschlossen. Auch wird im Stadtrat regelmäßig über größere Rückstände berichtet. Insgesamt bestehen derzeit Rückstände in der Höhe von rd. € 500.000,--. Größere Rückstände wurden im Detail besprochen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Ausschusses zeigten sich besorgt ob dieser negativen Entwicklung, und äußerten die Hoffnung, dass bei einer positiven Wirtschaftsentwicklung auch die Zahlungssituation wieder besser werden sollte.

7) Allfälliges

- a) Teilnahme am Seminar für Prüfungsausschussmitglieder am 30.9.2010 in Aspach : GR Eleonore Ries, GR Gerlinde Mühlhofer, eventuell GR Gertrude Leitner. Die Anmeldung wird vom Stadamt, Hr.Grahammer, erledigt. Die Kosten werden von der Gemeinde getragen.
- b) Die Vorsitzende legte einen Flyer zu zwei Kulturveranstaltungen, die von der Gemeinde organisiert wurden, vor. Es ging dabei um das Klavierkonzert von Brigitte Dolenc(13.6.) und ein Konzert in der Pfarrkirche Mattighofen (12.6.2010). Sie wies darauf hin, dass ihrer Meinung nach die Gestaltung nicht sehr professionell sei, und dass der Hinweis bezüglich Kartenvorverkauf in der Raiffeisenbank Mattigtal nicht richtig war. Auf Grund der Anfrage nach den Kosten für diese Werbung hoben die anwesenden Bediensteten die Belege aus. Es ergab sich ein Aufwand für Gestaltung und Druck von 50 Plakaten und 1.000 Flyern von € 522,-- . Alleine die Gestaltung(Design) des Flyers kostete € 228,-- Die Vorsitzende betonte, dass diese Werbung wenig effektiv und sehr teuer war.

- c) Termin für die nächste Sitzung : Donnerstag, 21.10.2010 und 18.30 Uhr Hauptthema:
1.Nachtragsvoranschlag 2010

8) Beschluss des Prüfberichtes zur aktuellen Sitzung

Die Vorsitzende wiederholte kurz die Ergebnisse der einzelnen Punkte , und ersuchte die Mitglieder um Zustimmung.

Abstimmung: Der Antrag wurde einstimmig, durch Erheben einer Hand, angenommen.

In seiner Stellungnahme erläutert der Bürgermeister, dass er den Bauhofvorarbeiter in Anwesenheit des Amtsleiters zu den Feststellungen befragt hat. Dabei wurde vom Bauhofleiter ausgesagt, dass Kanalsanierungen nur in Zusammenarbeit mit dem RHV gemacht werden. Der Bauhofleiter gab zu, dass die Kfz-Überprüfung verabsäumt wurde. Dazu äußerte der Bürgermeister, dass jeder Fahrer der das Fahrzeug benutzt hat, dem Bauhofleiter darauf aufmerksam hätte machen können. Er erwähnte, dass das Pickerl mittlerweile gemacht wurde und keine Mängel festgestellt worden sind. Zwecks Erscheinungsbild des Bauhofes wurde vom Bauhofleiter versprochen, dies in Ordnung zu bringen.

Weiters sagte der Bürgermeister zu, künftig regelmäßige Sicherheits Schulungen für Bauhofarbeiter zu organisieren und auch eine neue Jausenzeitregelung in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft zu finden.

Kenntnisnahme:

Der Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 02.09.2010 wurde von den Mitgliedern des Gemeinderates ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

16. Nachwahlen:

Nachwahlen in Ausschüsse auf Grund des Mandatsverzichtes von GR Erna Mühlbacher (FPÖ); Fraktionswahl;
Az.: WA2009, Bu

Bericht des Bürgermeisters:

„GR Erna Mühlbacher hat mit Wirkung 24.08.2010 auf ihr Mandat als Gemeinderat verzichtet. Die von der vorschlagsberechtigten FPÖ-Fraktion eingebrachten Wahlvorschläge sind die Funktionen wie folgt zu besetzen:

Prüfungsausschuss:

Obmann Stellvertreter: GR Mühlhofer Gerlinde

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtentwicklung:

Obmann Stellvertreter: StR Sieberer Günter
Ersatzmitglied: GRE Klein Sigrun

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben und die vom Bürgermeister beantragte **offene Abstimmung** einstimmig angenommen wurde, ersuchte er die stimmberechtigten Mitglieder der FPÖ-Fraktion über die vorliegenden Wahlvorschläge durch Erheben der Hand abzustimmen.

Wahlergebnis:

Abstimmung:	In offener Abstimmung einstimmig angenommen durch Erheben der Hand
--------------------	--

Die vorgeschlagenen Vertreter gelten damit als gewählt.

17. Allfälliges;

17.1. Dringlichkeitsantrag 1;

Bericht des Bürgermeisters:

„Die Grabungsarbeiten beginnen am 04.10.2010, dazu ist ein Archäologe beizustellen. Deswegen wurden vom Büro PM1 Angebote eingeholt. Als Best- und Billigstbieter ging die Fa. AS Archäologie-Services aus Krems hervor. Gemäß PM1 sollte ein Rahmenbetrag von € 26.400,- beschlossen werden. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt auf Basis von Einheitspreisen, welche im Ausschreibungsangebot festgehalten sind.“

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage als Kommanditistin der VFI & Co KG, die Fa. AS Archäologie-Services bis zu einem Rahmen von maximal € 26.400,- mit der archäologischen Begleitung der Grabungsarbeiten zu beauftragen.“

Abstimmung:	In offener Abstimmung durch Erheben der Hand mehrheitlich mit 1 Stimmenthaltung (GR Johann Zehner, BZÖ-Fraktion) angenommen
--------------------	---

Beschluss:	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten mehrheitlich und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters
-------------------	--

17.2. Dringlichkeitsantrag 2, eingebracht von Herrn Zehner BZÖ;

Bericht des Bürgermeisters:

„GR Zehner von der BZÖ-Fraktion stellte für die Schaffung von Ladezonen und Anlieferungszeiten am Stadtplatz einen Dringlichkeitsantrag, welcher zu Beginn der Sitzung verlesen wurde. Diese Angelegenheit soll den Wirtschaftsausschuss zugewiesen werden.“

Da sich dazu keine Wortmeldungen ergaben, stellte der Bürgermeister folgenden

Antrag:

„Ich beantrage die Zuweisung dieser Angelegenheit an den Wirtschaftsausschuss.“

Abstimmung:	In offener Abstimmung einstimmig angenommen durch Erheben der Hand
--------------------	--

Beschluss:	Die Mitglieder des Gemeinderates genehmigten einstimmig und vollinhaltlich den Antrag des Bürgermeisters
-------------------	--

17.3. WLAN System;

GR Tiede regt an, ein mobiles WLAN System für die Stadtgemeinde zu beschaffen. Die Kosten würden laut Herrn Stempfer ca. € 100,-- betragen, wobei eine Kostenrefundierung durch die Einhebung von Nutzungsgebühren möglich wäre.

17.4. „Vorsicht Kinder Warnfiguren“;

GR Ebner berichtete, dass sie und ihre Tochter beim Gemeindetag in Graz bei einem Gewinnspiel 3 „Vorsicht Kinder Warnfiguren“ im Wert von über € 1.000,-- gewonnen haben. Sie wünscht, dass der Schulausschuss bezüglich Standorten beraten soll.

17.5. Bettelverbot in Mattighofen;

StR Sieberer regt an, dass die Exekutive vermehrt das Bettelverbot in Mattighofen überprüfen sollte. Der Bürgermeister schlägt vor, dass sich alle Fraktionen Gedanken machen, ob dies in der nächsten GR-Sitzung behandelt werden sollte.

17.6. Fußballplatz in der Hofau;

GR Zehner fragt den Bürgermeister wie es mit der ISG bezüglich Fußballplatz in der Hofau aussieht. Dazu berichtete der Bürgermeister, dass der Fußballplatz bis auf weiteres dort bleiben wird, da der Standort des 2. Blockes noch nicht bekannt gegeben worden ist. Der ATSV hat ein zweites Netz zur Verfügung gestellt, welches der Bauhof bereits montiert hat. Bezüglich des Spielplatzes Ost, soll der Ausschuss darüber beraten ob die Doppelwippe wieder angebracht wird.

17.7. Schulbeginn, Verkehrssituation;

GR Gach erwähnt, dass die Verkehrssituation beim Schulbeginn sehr gefährlich ist. Er lässt fragen, ob die Gemeinde darüber eventuell mit der Exekutive Gespräche führen könnte. Auf die Frage, warum der VS Parkplatz im Sommer nicht markiert worden ist, erklärte der Bürgermeister, dass dies bereits in Auftrag gegeben wurde und heuer noch fertig gestellt wird.

17.8. Pavillon;

GR Schmiedhuber lässt fragen, wer von der Gemeinde für die Vermietung des Pavillons und für das Inventar zuständig ist. Beim Weinlesefest konnte man wieder erkennen, dass dieser in einem sehr schlechten Zustand ist. Der Bürgermeister könnte sich als Kontaktperson die Reinigungskraft der Landesmusikschule Frau Goldberger vorstellen. GR Ries schlägt vor, dass eine Kautions für die Vermietung eingehoben werden sollte. StR Vogl regt dazu an, dass der Pavillon zuerst in einen einwandfreien Zustand gebracht werden muss wenn man beabsichtigt eine Kautions einzuheben.

17.9. Protokollberichtigung;

Auf die Anfrage von Frau Vbgm. Löffler ob ihre Protokollberichtigungen bereits genehmigt wurden, äußerte der Bürgermeister, dass diese auf Grund des Krankenstandes von Herrn AL Spitzwieser noch nicht erledigt werden konnte.

17.10. Server Hauptschulen;

Vbgm. Löffler regt an, dass ein zweiter Server für die HS I und II installiert werden sollte, da immer noch Schüler- und Lehrerdaten gemeinsam verwaltet werden und damit ein Zugriff auf vertrauliche Daten möglich ist.

17.11. Redaktionsteam für Gemeindezeitung;

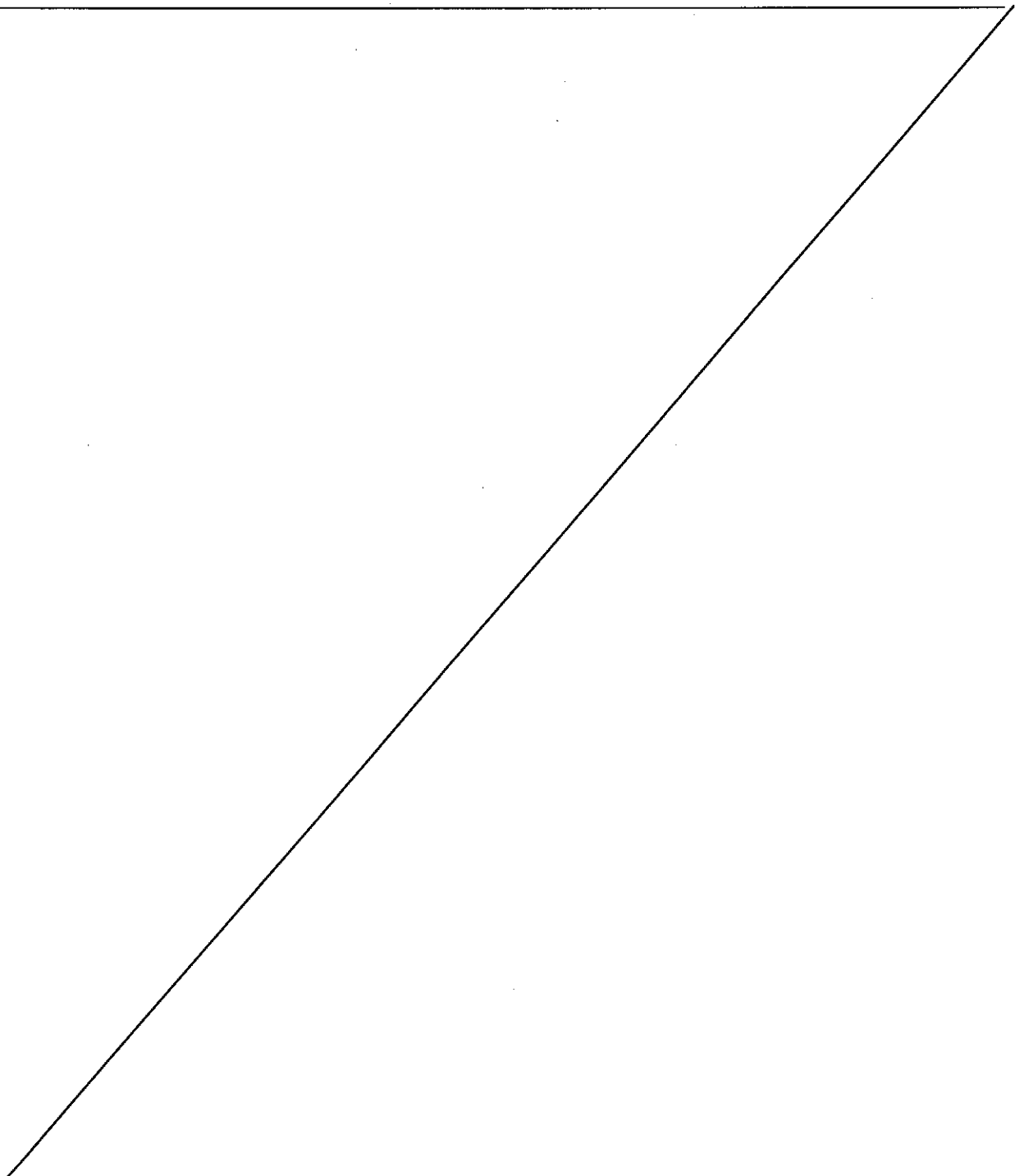
Vbgm. Löffler frag an, warum es für die Stadtnachrichten trotz gültigem GR Beschluss noch kein Redaktionsteam gibt.

StR Vogl erklärte dazu, dass kein gültiger GR Beschluss vorhanden ist, sondern nur eine Anregung bei einer Besprechung gemacht wurde. Er findet löblich, dass der Bgm in seiner Stellungnahme bei der GR-Sitzung 1/2009 gesagt hat, dass er die Gemeinde repräsentiert und es keine Parteizeitung werden sollte. Dennoch wird die ÖVP-Fraktion bezüglich Re-

daktionsteam für die Stadtnachrichten einen Dringlichkeitsantrag stellen, sollte diese Thematik nicht auf der nächsten Tagesordnung aufscheinen.

17.12. Vereinsräumlichkeiten;

GR Glas fragt nach, wie die Fortschritte der Vereinsquartiersuche vorangehen und welche Vereinbarung bezüglich der Kündigung des Mietvertrages mit der Brauunion getroffen wurden. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass eine mögliche Alternative in der Jahnstraße nicht realisiert werden kann, und lädt alle Fraktionen ein, diesbezüglich Vorschläge einzubringen.



Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung:

Gegen die zu Beginn und während der Sitzung zur Einsichtnahme aufgelegenen Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates vom 23. August 2010 (Nr. 4 / 2010) wurden keine Einwendungen erhoben. Der Vorsitzende erklärt sie daher für genehmigt.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um

ca. 21.45 Uhr.

Der Schriftführer:



.....
VB I Margit Roider

Der Vorsitzende:



.....
Bgm. Friedrich Schwarzenhofer

Das ordnungsgemäße Zustandekommen der Verhandlungsschrift wird gemäß § 54 Abs. 5 Oö. GemO. 1990 idgF., bestätigt.

Mattighofen, den _____

Der Vorsitzende:

.....
Bgm. Friedrich Schwarzenhofer (SPÖ)

SPÖ-Fraktion:

.....
GR Judith Konopa

BFM-Fraktion:

.....
GR Gregor Gach

ÖVP-Fraktion:

.....
StR Klaus Vogl

FPÖ-Fraktion:

.....
GR Gerlinde Mühlhofer

GRÜNE-Fraktion:

.....
GR Eleonora Ries

BZÖ-Fraktion:

.....
GR Johann Zehner